

AMTLICHE MITTEILUNGEN

VERKÜNDUNGSBLATT DER UNIVERSITÄT PADERBORN AM.UNI.PB

AUSGABE 32.23 VOM 31. MAI 2023

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN DER PRÜFUNGSORDNUNG FÜR DEN ZWEI-FACH-BACHELOR-STUDIENGANG DER FAKULTÄT FÜR KULTURWISSENSCHAFTEN AN DER UNIVERSITÄT PADERBORN

VOM 31. MAI 2023

**Allgemeine Bestimmungen der Prüfungsordnung für den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang
der Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn**

vom 31. Mai 2023

Aufgrund des § 2 Absatz 4 und des § 64 Absatz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV.NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juni 2022 (GV. NRW. S. 780b), hat die Universität Paderborn die folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines	4
§ 1 Ziele des Studiums und Zweck der Prüfung, Sprachenregelung	4
§ 2 Akademischer Grad	4
§ 3 Studienbeginn	5
§ 4 Zugangsvoraussetzungen	5
§ 5 Fächer	5
§ 6 Regelstudienzeit, Studienumfang, Gliederung des Studiums und Leistungselemente	6
§ 6a Orientierungsbereich	6
§ 7 Module	7
§ 8 Anerkennung von Leistungen	7
II. Prüfungsorganisation	9
§ 9 Prüfungsausschuss	9
§ 10 Prüfende und Beisitzende	10
III. Prüfungen	10
§ 11 Bachelorprüfung, Abschluss eines Moduls	10
§ 12 Teilnahmevoraussetzungen und Zulassungsverfahren	11
§ 13 Antrag auf Zulassung und Meldung zu Prüfungen	11
§ 14 Prüfungsleistungen in den Modulen	11
§ 15 Formen der Leistungserbringung	12
§ 16 Bewertung von Leistungen in den Modulen und Bildung von Noten	14
§ 17 Bachelorarbeit	14
§ 18 Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit	16
§ 19 Mündliche Verteidigung der Bachelorarbeit	16
§ 20 Zusatzleistungen	17
§ 21 Bewertung der Bachelorprüfung und Bildung der Gesamtnote	17
§ 22 Wiederholungen von Prüfungsleistungen	18
§ 23 Abmeldung, Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzvorschriften und Studierende mit Familienaufgaben	18
§ 24 Erfolgreicher Abschluss des Studiums, endgültiges Nichtbestehen	20
§ 25 Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement	21
§ 26 Bachelorurkunde	21
§ 27 Einsicht in die Prüfungsakten	21
IV. Schlussbestimmungen	22
§ 28 Ungültigkeit der Bachelorprüfung	22
§ 29 Aberkennung des Bachelorgrades	22
§ 30 Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Veröffentlichung	23
Anhang:	25
Studienstruktur des Orientierungsbereiches	25
Exemplarischer Studienverlaufsplan	26
Modulbeschreibungen	27

I. Allgemeines

§ 1

Ziele des Studiums und Zweck der Prüfung, Sprachenregelung

- (1) Die Bachelorprüfung bildet einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Der Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften verbindet grundständiges Wissen mit berufsorientierten Schlüsselqualifikationen in den Schnittfeldern von Kultur und Gesellschaft. Er ermöglicht mit der Kombination zweier Studienfächer die Herausbildung eines zugleich theoriegeleiteten wie berufsfeldorientierten kulturwissenschaftlichen Profils im Horizont von Transdisziplinarität und Interkulturalität. Zugleich gewährleistet er ein Höchstmaß an Kompatibilität mit den Lehramtsstudiengängen bei gleichzeitig solider fachwissenschaftlicher Ausbildung in den Kernfächern.

In den fachwissenschaftlichen Studien erwerben die Studierenden ein grundlegendes Fachwissen, das anschlussfähig ist an entsprechende Masterstudiengänge. Die Absolventinnen und Absolventen verfügen am Ende ihres Studiums über:

- ein solides und strukturiertes Fachwissen (Verfügungswissen) zu den grundlegenden Gebieten ihrer Fächer; sie können darauf zurückgreifen und dieses Fachwissen ausbauen;
- über die kritische Kompetenz und damit über regulatives Wissen im Hinblick auf die Ziele und Zwecke der von ihnen studierten Fachwissenschaften (Orientierungswissen).

Die Studierenden sind darüber hinaus:

- vertraut mit den grundlegenden Erkenntnis- und Arbeitsmethoden ihrer Fächer;
- in der Lage, diese Methoden in zentralen Bereichen ihrer Fächer anzuwenden.

Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiengangs verfügen über Basis- und Schlüsselkompetenzen in folgenden übergreifenden Bereichen:

- Kompetenzen im fachspezifischen und allgemeinen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken;
- Kompetenzen in mündlichen und schriftlichen Präsentationsformen bzw. den dazugehörigen mündlichen und schriftlichen Ausdrucksfähigkeiten;
- Kompetenzen im Bereich wissenschaftlicher und praxisbezogener Arbeitsformen.

- (2) Im Sinne einer Internationalisierung wird eine Anerkennung von im Ausland erbrachten gleichwertigen Leistungen ermöglicht. Die Studierenden erhalten die Möglichkeit, einzelne Studienanteile im Ausland zu absolvieren. Ziel ist es, ihnen damit die Chance einer späteren Berufstätigkeit im Ausland zu eröffnen.
- (3) Bachelorstudium und Bachelorprüfung finden in der Regel in deutscher Sprache statt. Einzelne Wahlpflichtveranstaltungen können in englischer, französischer oder spanischer Sprache stattfinden. Abweichungen regeln die Besonderen Bestimmungen für das jeweilige Fach in der jeweils geltenden Fassung (Besondere Bestimmungen).

§ 2

Akademischer Grad

Ist das Bachelorstudium erfolgreich abgeschlossen, verleiht die Fakultät für Kulturwissenschaften den akademischen Grad „Bachelor of Arts“ (B.A.).

§ 3 Studienbeginn

Studienbeginn ist das Wintersemester oder das Sommersemester. Der Studienbeginn zum Wintersemester wird empfohlen. Fachspezifische Abweichungen zum Studienbeginn sind in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

§ 4 Zugangsvoraussetzungen

- (1) In den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften kann nur eingeschrieben werden, wer kumulativ
 1. das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine oder einschlägig fachgebundene Hochschulreife), oder nach Maßgabe einer Rechtsverordnung das Zeugnis der Fachhochschulreife oder einen durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkannten Vorbildungsnachweis besitzt oder die Voraussetzungen für in der beruflichen Bildung Qualifizierte oder die Voraussetzungen der Bildungsausländerhochschulzugangsverordnung erfüllt.
 2. ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt. Es bedarf eines Nachweises der sprachlichen Studierfähigkeit für die uneingeschränkte Zulassung oder Einschreibung zu allen Studiengängen. Näheres regelt die Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang an der Universität Paderborn in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Die Besonderen Bestimmungen können weitere Zugangsvoraussetzungen vorsehen.
- (3) Die Voraussetzungen, unter denen die Einschreibung zu versagen ist oder versagt werden kann, ergeben sich aus der jeweils geltenden Einschreibungsordnung der Universität Paderborn. Für den Fall, dass die Studienbewerberin bzw. der Studienbewerber in einem vorherigen Fach eines Bachelorstudiums an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden hat, wird die Einschreibung versagt,
 - wenn das vorherige Fach eine erhebliche inhaltliche Nähe zu einem der Fächer aufweist, für die die Einschreibung begehrt wird,
 - wenn die endgültig nicht bestandene Prüfung eine erhebliche inhaltliche Nähe zu einer Prüfung dieses Fachs aufweist
 - und die Prüfung in diesem Fach zwingend vorgeschrieben ist.

Die Feststellungen über die erhebliche inhaltliche Nähe trifft der Prüfungsausschuss.

§ 5 Fächer

Für den Studiengang müssen zwei der folgenden Fächer mit einem Umfang von jeweils 72 LP gewählt und kombiniert werden. Zusätzlich sind Module im Orientierungsbereich im Umfang von 24 LP zu studieren (siehe § 6a):

- Deutschsprachige Literaturen
- Englischsprachige Literatur und Kultur
- Englische Sprachwissenschaft
- Erziehungswissenschaft

- Germanistische Sprachwissenschaft
- Geschichte
- Kunst und Kunstvermittlung
- Komparatistik/Vergleichende Literatur- und Kulturwissenschaft
- Komparative Theologie der Religionen
- Management
- Medienwissenschaften
- Mode-Textil-Design-Studien
- Musikwissenschaft
- Philosophie
- Romanistik/Französisch
- Romanistik/Spanisch
- Soziologie

§ 6

Regelstudienzeit, Studienumfang, Gliederung des Studiums und Leistungselemente

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich des Abschlusses der Prüfungen sechs Semester. Dies entspricht einem Gesamtarbeitsaufwand (Workload) von 5.400 Stunden.
- (2) Das Bachelorstudium umfasst Module mit einem Gesamtumfang von 180 Leistungspunkten. Ein Leistungspunkt, im Folgenden LP, entspricht einem ECTS-Punkt gemäß dem European Credit Transfer System. Ein LP entspricht einer Arbeitsbelastung von durchschnittlich 30 Stunden. Ein Semester umfasst in der Regel 30 LP und somit einen Arbeitsaufwand von 900 Stunden.
- (3) Das Bachelorstudium setzt sich wie folgt zusammen:
 - 72 LP auf das Studium des ersten Faches,
 - 72 LP auf das Studium des zweiten Faches,
 - 24 LP auf den Orientierungsbereich gemäß § 6a
 - 12 LP auf das Abschlussmodul.

Die Bachelorarbeit kann nach freier Wahl in einem der beiden Fächer oder fächerübergreifend in beiden gewählten Fächern geschrieben werden. Bei einer fächerübergreifenden Bachelorarbeit wird die Bachelorarbeit dem Fach zugeordnet, aus dem die bzw. der erste Prüfende stammt.

- (4) Bei Prüfungs- und Studienleistungen ist der Nachweis zu erbringen, dass die Lern- und Qualifikationsziele des Moduls oder eines Teils des Moduls erreicht worden sind. Eine qualifizierte Teilnahme liegt vor, wenn die erbrachten Leistungen erkennen lassen, dass eine mehr als nur oberflächliche Beschäftigung mit Gegenständen der Lehrveranstaltung stattgefunden hat.
- (5) Die Gliederung des Studiums, die zu absolvierenden Module sowie die zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen und qualifizierten Teilnahmen ergeben sich aus den Besonderen Bestimmungen des jeweiligen Fachs.

§ 6a

Orientierungsbereich

- (1) Der Orientierungsbereich ist ein integraler Bestandteil des Zwei-Fach-Bachelor-Studiengangs der Fakultät für Kulturwissenschaften, der durch seine vielfachen Kombinationsmöglichkeiten den Studierenden breite Wahlmöglichkeiten bei individueller Schwerpunktbildung erlaubt. Dieser Bereich

- dient neben einer ersten Orientierung im Studium auch der eigenen beruflichen Exploration und bietet die Möglichkeit ergänzende Lehrangebote, als Erweiterung der eigenen Perspektive, zu bilden.
- (2) Der Orientierungsbereich besteht aus zwei Modulen, in denen insgesamt 24 LP zu erreichen sind. Die Orientierungsmodule haben folgende Inhalte:

Orientierungsmodul (15 LP):

1. Orientierung im Studium (Erste organisatorische Grundlagen der Fachdisziplinen)
2. Berufliche Orientierung
3. ein mindestens achtwöchiges Praktikum in einem Berufsfeld

Studium Generale (9 LP):

- fachübergreifende Perspektiven entwickeln
- internationale Kompetenzen erwerben
- Umgang mit fremden Fachkulturen und Interdisziplinarität.

Das Studium Generale kann, je nach Interessenlage, Berufswunsch und individueller Zielsetzung, frei gestaltet werden. Die gewählten Veranstaltungen müssen außerhalb des Curriculums der gewählten Studienfächer liegen. Die Veranstaltungen sind im Studium Generale im Campus-Management-System der Universität Paderborn eingestellt. Die erbrachten Leistungen gehen nicht in die Abschlussnote ein. Nähere Angaben sind der Studienstruktur, dem Studienverlaufsplan und den Modulbeschreibungen im Anhang zu entnehmen.

§ 7 Module

- (1) Das Studium ist modularisiert. Modularisierung ist die Zusammenfassung von Stoffgebieten zu thematisch und zeitlich abgerundeten, in sich abgeschlossenen und mit Leistungspunkten versehenen Einheiten. Module setzen sich in der Regel aus mehreren Lehrveranstaltungen zusammen und haben einen Umfang von in der Regel mindestens 5 LP. Sie sind in der Regel so angelegt, dass sie innerhalb von ein bis zwei Semestern abgeschlossen werden können. Die Bachelorarbeit ist als Prüfungsleistung in ein Modul eingebunden (Abschlussmodul). Bestehende Sonderregeln für die Bachelorarbeit werden an den jeweiligen Stellen dieser Allgemeinen Bestimmungen oder der Besonderen Bestimmungen benannt.
- (2) Die Module bestehen aus Pflicht- und/oder Wahlpflichtveranstaltungen. Wahlpflichtveranstaltungen umfassen eine Reihe von Veranstaltungen, aus denen dann eine ausgewählt werden muss. Welche Veranstaltungen aus dem Angebot belegt werden, ist dabei jedoch frei wählbar. Für die Teilnahme an Modulen ist eine Anmeldung erforderlich. Es können Voraussetzungen für die Teilnahme an Modulen bestehen. Näheres zu den Teilnahmevoraussetzungen regeln die Besonderen Bestimmungen für das jeweilige Fach.

§ 8 Anerkennung von Leistungen

- (1) Leistungen, die in anderen Studiengängen oder in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen

erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden; eine Prüfung der Gleichwertigkeit findet nicht statt. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung im Hinblick auf den Anerkennungszweck der Fortsetzung des Studiums und des Ablegens von Prüfungen vorzunehmen. Für die Anerkennung von Leistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten Satz 1 und 2 entsprechend.

- (2) Für die Anerkennung von Leistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von Absatz 1 begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor. Im Übrigen kann bei Zweifeln über das Vorliegen oder Nichtvorliegen wesentlicher Unterschiede die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (3) Auf der Grundlage der Anerkennung nach Absatz 1 muss der Prüfungsausschuss auf Antrag der bzw. des Studierenden in ein Fachsemester einstufen.
- (4) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Absatz 12 HG berechtigt sind, das Studium aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Leistungen anerkannt. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.
- (5) Auf Antrag können vom Prüfungsausschuss auf andere Weise als durch ein Studium erworbene Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen im Umfang von höchstens der Hälfte der zu erbringenden Prüfungsleistungen anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Leistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
- (6) Zuständig für die Anerkennungen nach den Absätzen 1 und 5 ist der Prüfungsausschuss. Vor Feststellungen über das Vorliegen oder Nichtvorliegen wesentlicher Unterschiede oder über die Gleichwertigkeit sind zuständige Fachvertreterinnen oder Fachvertreter zu hören. Wird die Anerkennung versagt, so ist dies zu begründen.
- (7) Die antragstellende Person hat die für die Anerkennung erforderlichen Informationen (insbesondere die durch die Leistungen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten und die Prüfungsergebnisse) in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Der Prüfungsausschuss hat über Anträge nach Absatz 1 spätestens innerhalb von zehn Wochen nach vollständiger Vorlage aller entscheidungserheblichen Informationen zu entscheiden.
- (8) Die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Werden Leistungen anerkannt, sind die Noten, soweit die Bewertungssysteme vergleichbar sind, gegebenenfalls nach Umrechnung zu übernehmen und in die jeweilige Notenberechnung einzubeziehen. Ist keine Note vorhanden oder sind die Bewertungssysteme nicht vergleichbar, wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen.
- (9) Eine Leistung kann nur einmal anerkannt werden. Dies gilt auch für die Anerkennung von auf anderer Weise als durch ein Studium erworbener Kenntnisse und Qualifikationen.

II. Prüfungsorganisation

§ 9

Prüfungsausschuss

- (1) Der Fakultätsrat der Fakultät für Kulturwissenschaften bildet einen Prüfungsausschuss für den Bachelor- und Masterstudiengang Medienwissenschaften, einen Prüfungsausschuss für den Bachelor- und Masterstudiengang Musikwissenschaft, einen Prüfungsausschuss für den Bachelor- und Masterstudiengang Populäre Musik und Medien und einen Prüfungsausschuss für die weiteren Bachelor- und Masterstudiengänge der Fakultät für Kulturwissenschaften. Der Begriff „Prüfungsausschuss“ an anderen Stellen der Prüfungsordnung bezeichnet den jeweils zuständigen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss ist insbesondere zuständig für
- die Organisation der Prüfungen und die Überwachung ihrer Durchführung,
 - die Einhaltung der Prüfungsordnung und die Beachtung der für die Durchführung der Prüfungen beschlossenen Verfahrensregelungen,
 - die Entscheidungen über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen,
 - die Abfassung eines jährlichen Berichts an den Fakultätsrat über das Prüfungsgeschehen,
 - die weiteren durch diese Ordnung und gegebenenfalls durch die Besonderen Bestimmungen ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben.

Bei fachspezifischen Entscheidungen (z. B. Anerkennung von Leistungen) holt der Prüfungsausschuss die Expertise der zuständigen Fachvertreterinnen bzw. Fachvertreter ein.

Der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sind bestimmte Aufgaben durch diese Ordnung und gegebenenfalls durch die Besonderen Bestimmungen zugewiesen. Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss die Erledigung von Angelegenheiten, die keine grundsätzliche Bedeutung haben, auf die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und Berichte an den Fakultätsrat. Die bzw. der Vorsitzende berichtet dem Prüfungsausschuss über die von ihr bzw. ihm allein getroffenen Entscheidungen. Der Prüfungsausschuss und die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses werden vom Zentralen Prüfungssekretariat unterstützt.

- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der bzw. dem Vorsitzenden, der bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern. Auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe werden die bzw. der Vorsitzende, die bzw. der stellvertretende Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden von ihren jeweiligen Vertreterinnen oder Vertretern im Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der bzw. des Vorsitzenden und der bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden Vertreterinnen und Vertreter gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und die aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt drei Jahre und läuft vom 01. Oktober des Wahljahres bis zum 30. September des entsprechenden Jahres. Die Amtszeit der Studierenden beträgt ein Jahr und läuft vom 01. Oktober des Wahljahres bis zum 30. September des nächsten Jahres. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Regelungen zur Geschlechtergerechtigkeit gemäß § 11b HG sind zu beachten.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der bzw. dem Vorsitzenden und zwei weiteren Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist. Der Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses haben bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen insbesondere bei der Beurteilung oder Anerkennung von Leistungen nur beratende Stimme.
- (5) Der Prüfungsausschuss wird von der bzw. dem Vorsitzenden einberufen. Die Einberufung muss erfolgen, wenn mindestens drei Mitglieder dies verlangen.
- (6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Prüfenden und die Beisitzenden unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen.

§ 10

Prüfende und Beisitzende

- (1) Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Prüfenden und die Beisitzenden. Prüfende sind alle selbstständig Lehrenden der Veranstaltungen, in denen nach Maßgabe des Curriculums und der Modulbeschreibungen Prüfungsleistungen erbracht werden können. Der Kreis der Prüfenden kann im Rahmen des § 65 HG erweitert werden. Die bzw. der erste Prüfende der Bachelorarbeit soll in der Regel habilitiert sein oder den Nachweis habitationsadäquater Leistungen erbracht haben. Als Beisitzerin bzw. Beisitzer kann bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Bachelorprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.
- (2) Die Prüfenden sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (3) Die Kandidatin bzw. der Kandidat kann für die Bachelorarbeit und – wenn mehrere Prüfende zur Auswahl stehen – für die mündlichen Prüfungen Prüfende vorschlagen. Die Vorschläge sollen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Ein Rechtsanspruch besteht aber nicht.
- (4) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten die Namen der Prüfenden rechtzeitig, in der Regel vier, mindestens aber zwei Wochen vor dem Termin der jeweiligen Prüfung, bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe im Campus Management System der Universität Paderborn ist ausreichend.

III. Prüfungen

§ 11

Bachelorprüfung, Abschluss eines Moduls

- (1) Die Bachelorprüfung besteht aus den Prüfungsleistungen, die in den Modulen der beiden nach § 5 studierten Fächern sowie dem Abschlussmodul zu erbringen sind.
- (2) Leistungspunkte können nur erworben werden, wenn das Modul erfolgreich abgeschlossen worden ist. Ein Modul wird in der Regel durch eine Modulprüfung und etwaig vorgesehene qualifizierte Teilnahmen abgeschlossen. Die Modulprüfung besteht in der Regel aus einer Prüfung am Ende des Moduls (Modulabschlussprüfung). Die Modulprüfung kann aber auch im Verlauf des Moduls

(insbesondere im zeitlichen Zusammenhang mit einer Lehrveranstaltung) erfolgen oder aus mehreren Teilprüfungen (Modulteilprüfungen) bestehen. Näheres regeln die Besonderen Bestimmungen. Besteht die Modulprüfung aus mehreren Modulteilprüfungen, so muss jede Modulteilprüfung bestanden werden. Die Besonderen Bestimmungen können abweichende Regelungen treffen.

§ 12

Teilnahmevoraussetzungen und Zulassungsverfahren

- (1) An Prüfungen kann nur teilnehmen, wer an der Universität Paderborn für den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften mit denjenigen Fächern eingeschrieben ist, denen diese Prüfungen zugeordnet sind oder nach § 52 HG als Zweithörerin bzw. Zweithörer zugelassen ist. Auch während der Prüfungen müssen diese Voraussetzungen gegeben sein. Regelungen zu teilnehmerbegrenzten Modulen gemäß § 59 HG und zur Meldung zur Prüfung und zu Zusatzleistungen bleiben unberührt.
- (2) Weitere Voraussetzungen für die Teilnahme an Prüfungen, wie zum Beispiel etwaige Studienleistungen oder Anwesenheitsobliegenheiten, werden in den Besonderen Bestimmungen geregelt.
- (3) Zur Bachelorarbeit kann nur zugelassen werden, wer zum Zeitpunkt des Antrags auf Zulassung bereits mindestens 90 Leistungspunkte im Studiengang erworben hat.

§ 13

Antrag auf Zulassung und Meldung zu Prüfungen

- (1) Für die Bachelorarbeit ist ein Antrag auf Zulassung zu stellen. In dem Antrag ist anzugeben, in welchem Fach die Bachelorarbeit geschrieben werden soll.
- (2) Zu jeder Prüfung ist eine gesonderte Meldung im Campus Management System der Universität Paderborn im Rahmen der festgelegten Fristen erforderlich. Anmeldefristen werden im Campus Management System der Universität Paderborn oder in sonstiger geeigneter Form bekannt gegeben. Die Besonderen Bestimmungen können abweichend regeln, dass die Meldung zum Modul gleichzeitig die Meldung zu der entsprechenden Modulprüfung ist.

§ 14

Prüfungsleistungen in den Modulen

- (1) In den Modulen werden Prüfungsleistungen nach Maßgabe der jeweiligen Besonderen Bestimmungen erbracht.
- (2) Sofern in den Besonderen Bestimmungen Rahmenvorgaben zu Form und/oder Dauer/Umfang von Prüfungsleistungen enthalten sind, setzt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der bzw. dem Prüfenden fest, wie die Prüfungsleistung konkret zu erbringen ist. Dies wird spätestens in den ersten drei Wochen der Vorlesungszeit von der bzw. dem jeweiligen Lehrenden und im Campus Management System der Universität Paderborn oder in sonstiger geeigneter Weise bekannt gegeben. Die Prüfungsinhalte beziehen sich auf die für das Modul definierten Lernergebnisse/Kompetenzen.
- (3) Die Studierenden sollten die Prüfungsleistungen in der Regel in dem Semester erbringen, in dem sie das zugehörige Modul besucht haben.

§ 15**Formen der Leistungserbringung**

- (1) Prüfungsleistungen können in Form von Klausuren, mündlichen Prüfungen, schriftlichen Hausarbeiten, Portfolios, Projektarbeiten, Tutoriumsberichten, Referaten mit Ausarbeitung, Essays oder in anderen Formen erbracht werden. Näheres regeln die Besonderen Bestimmungen.

Die Bewertung ist den Studierenden außer bei mündlichen Prüfungen in der Regel spätestens acht Wochen nach Leistungserbringung im Campus Management System der Universität Paderborn bekannt zu geben.

1. Klausuren:

- In den Klausuren sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Thema mit den geläufigen Methoden des Faches bearbeiten können.
- Die Dauer einer Klausur beträgt 90-120 Minuten.
- Jede Klausur wird von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. Die letzte Wiederholungsprüfung wird von zwei Prüfenden bewertet.
- Klausuren können als softwaregestützte Prüfungen durchgeführt werden (E-Prüfungen). Die Studierenden sind auf die Prüfungsform hinzuweisen. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, sich mit dem Prüfungssystem vertraut zu machen. Näheres können die Besonderen Bestimmungen regeln.

2. Mündliche Prüfungen:

- In den mündlichen Prüfungen soll die Kandidatin bzw. der Kandidat nachweisen, dass sie bzw. er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes kennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag.
- Mündliche Prüfungen werden vor zwei Prüfenden oder einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer bzw. eines sachkundigen Beisitzenden abgelegt. Die letzte Wiederholungsprüfung wird vor zwei Prüfenden abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hört die bzw. der Prüfende die Beisitzende bzw. den Beisitzenden in Abwesenheit der Kandidatin bzw. des Kandidaten.
- Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt 30-45 Minuten.
- Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kandidatin bzw. dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung durch die Prüfende oder den Prüfenden bzw. die Prüfenden bekannt zu geben.
- Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende zugelassen, sofern die Kandidatin bzw. der Kandidat nicht widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

3. Schriftliche Hausarbeiten:

Schriftliche Hausarbeiten sind schriftliche Ausarbeitungen von Referaten oder selbstständige Arbeiten über ein ausgewähltes Thema im thematischen Umfeld der Veranstaltung. Das Thema wird mit der bzw. dem Lehrenden abgesprochen. Die Literaturrecherche ist Teil der Aufgabe. Der Umfang soll bei 20.000-50.000 Zeichen liegen.

4. Portfolio

Ein Portfolio ist eine ausgearbeitete Arbeitsmappe im Sinne einer zielgerichteten und systematischen Sammlung von kleineren Arbeiten (mehrere Texte im Umfang von insgesamt 5 bis 20 Seiten (=12.500 bis 50.000 Zeichen) oder mehrere (3-8) Werkstücke wie z.B. Dokumente oder Dateien), die den individuellen Kompetenz- und Wissenszuwachs der oder des Studierenden in einem Studienggebiet bzw. Modul reflektiert darstellt.

5. Projektarbeit

Form und Inhalt der Projektarbeit richten sich nach dem jeweiligen Projekt. Es kann sich z.B. um ein Forschungsprojekt, ein Praxisprojekt oder ein außeruniversitäres Projekt handeln. Ziele, Inhalte und Ausgestaltung des Projektes werden zwischen Studierenden und Lehrenden abgesprochen. Die bzw. der Studierende erstellt eine Projektbeschreibung in der Ausgestaltung, Inhalte und Ziele des Projekts beschrieben werden.

Die Ergebnisse der Projektarbeit werden in einer in der Regel seminar-öffentlichen Umgebung präsentiert und/oder in einer in der Regel seminar-öffentlich zugänglichen Arbeit dokumentiert. Bewertet wird die Präsentation und/oder Dokumentation als Ganzes.

6. Tutoriumsbericht:

Im Tutoriumsbericht werden Inhalte, Ziele und Verlauf des Tutoriums beschreiben und reflektiert. Der Umfang des Berichts beträgt 20.000–25.000 Zeichen.

7. Referat mit Ausarbeitung

Ein Referat ist ein Vortrag über ein Thema, der in einer begrenzten Zeit (30–45 Minuten) gehalten wird. Die schriftliche Ausarbeitung eines Referats orientiert sich in Struktur und Inhalt an dem gehaltenen Referat und hat einen Umfang von 20.000 – 50.000 Zeichen.

8. Essay

Der Essay ist eine Abhandlung, die eine literarische oder wissenschaftliche Frage in knapper und anspruchsvoller Form behandelt (10.000 – 20.000 Zeichen).

Näheres regeln die Modulbeschreibungen.

(2) Im Rahmen qualifizierter Teilnahme kommen in Betracht:

- ein bis drei Kurzklausuren
- ein Protokoll
- ein kurzes Fachgespräch
- qualifizierter Diskussionsbeitrag
- ein Referat (ca. 20-25 Minuten)
- eine Übungsaufgabe
- eine schriftliche Hausaufgabe
- ein Reflexionspapier (5-10 Seiten)
- eine Programmieraufgabe
- Moderation einer Seminarsitzung
- eine Kurzpräsentation (20-25 Minuten) oder
- ein Kurzportfolio (= Arbeitsmappe, 10-15 Seiten).

Die Besonderen Bestimmungen können Abweichungen und Näheres enthalten. Die bzw. der jeweilige Lehrende setzt fest, was im Rahmen qualifizierter Teilnahme konkret zu erbringen ist. Dies wird spätestens in den ersten drei Wochen der Vorlesungszeit von der bzw. dem jeweiligen

Lehrenden und im Campus Management System der Universität Paderborn oder in sonstiger geeigneter Weise bekannt gegeben.

§ 16

Bewertung von Leistungen in den Modulen und Bildung von Noten

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgelegt. Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:
 - 1 = sehr gut eine ausgezeichnete Leistung;
 - 2 = gut eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
 - 3 = befriedigend eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen genügt;
 - 4 = ausreichend eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
 - 5 = mangelhaft eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.
- (2) Zur differenzierten Bewertung können Zwischenwerte durch Absenken oder Anheben der einzelnen Note um 0,3 gebildet werden. Dabei sind die Zwischennoten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.
- (3) Wird eine Prüfungsleistung von mehreren Prüfenden bewertet, so wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten gebildet. Im Übrigen gelten Absatz 4 Satz 3 und 4 entsprechend.
- (4) Setzt sich eine Modulnote aus mehreren Noten zusammen, so ist gewichtet nach dem Workload der zugehörigen Lehrveranstaltung das arithmetische Mittel zu bilden. Abweichungen hiervon sind in den jeweiligen Besonderen Bestimmungen geregelt. Das Ergebnis ist nach der ersten Dezimalstelle hinter dem Komma abzuschneiden. Die Note lautet:
 - bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5 = sehr gut,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis einschließlich 2,5 = gut,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis einschließlich 3,5 = befriedigend,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis einschließlich 4,0 = ausreichend,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0 bis 5,0 = mangelhaft.
- (5) Studienleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.
- (6) Qualifizierte Teilnahmen sind nachzuweisen.

§ 17

Bachelorarbeit

- (1) Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit, mit der der Bachelorstudiengang abgeschlossen wird. Sie soll zeigen, dass die Kandidatin bzw. der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Thema aus einem Fach ihres bzw. seines Studiengangs mit wissenschaftlichen und in bestimmten Fächern künstlerisch-gestalterischen Methoden selbstständig zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Die Bachelorarbeit kann wahlweise in einem der beiden Fächer oder fächerübergreifend (interdisziplinär) verfasst werden. In Fällen, in denen keine mündliche Verteidigung vorgesehen ist, soll die Bachelorarbeit einen Umfang von mindestens 35 Seiten à 2.500 Zeichen (= 87.500 Zeichen) und höchstens 45 Seiten à 2.500 Zeichen (= 112.500 Zeichen) haben. In Fällen, in denen eine mündliche Verteidigung vorgesehen ist, soll die Bachelorarbeit einen Umfang von mindestens 30 Seiten à 2.500 Zeichen (= 75.000 Zeichen) und höchstens 40 Seiten à 2.500 Zeichen (= 100.000 Zeichen) haben. Die Besonderen Bestimmungen

können abweichende Regelungen treffen. Über Ausnahmen von dem festgelegten Umfang entscheidet der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der bzw. dem für die Betreuung verantwortlichen Prüfenden.

- (2) Die Bachelorarbeit wird von einer von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellten Person mit Prüferqualifikation gemäß § 10, im Fall einer fächerübergreifend-interdisziplinären Themenstellung von je einer Person mit Prüferqualifikation gemäß § 10 aus den beteiligten Fächern, gestellt und betreut. Für die Wahl der Themenstellerin bzw. des Themenstellers, im Falle einer fächerübergreifend-interdisziplinären Bachelorarbeit der Themenstellerinnen bzw. der Themensteller, sowie für die Themenstellung hat die Kandidatin bzw. der Kandidat ein Vorschlagsrecht. Dies begründet keinen Rechtsanspruch. Für die Wahl der Themenstellerin oder des Themenstellers sowie für die Themenstellung hat die Kandidatin oder der Kandidat ein Vorschlagsrecht. Dies begründet keinen Rechtsanspruch.
- (3) Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat rechtzeitig ein Thema für die Bachelorarbeit erhält. Der Zeitpunkt der Vergabe ist beim Zentralen Prüfungssekretariat aktenkundig zu machen.
- (4) In Fällen, in denen keine mündliche Verteidigung vorgesehen ist, beträgt die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit zwölf Wochen und Thema, Aufgabenstellung sowie Umfang der Arbeit sind so zu begrenzen, dass der dafür vorgesehene Workload im Umfang von 360 Stunden eingehalten werden kann. In Fällen, in denen eine mündliche Verteidigung vorgesehen ist, beträgt die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit zehn Wochen und Thema, Aufgabenstellung sowie Umfang der Arbeit sind so zu begrenzen, dass der dafür vorgesehene Workload im Umfang von 300 Stunden eingehalten werden kann.
- (5) Das Thema kann nur einmal und innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ausnahmsweise kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall auf begründeten Antrag, der spätestens eine Woche vor Ablauf der Abgabefrist beim Prüfungsausschuss gestellt werden muss, die Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen verlängern, wenn die Gründe hierfür mit dem Thema der Arbeit zusammenhängen und die bzw. der nach Absatz 2 zuständige Betreuende dies befürwortet.
- (6) Bei Erkrankung innerhalb der Bearbeitungszeit kann auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten die Frist für die Abgabe der Bachelorarbeit höchstens auf das Doppelte der vorgesehenen Bearbeitungszeit verlängert werden. Dazu ist die unverzügliche Vorlage eines ärztlichen Attestes erforderlich. Es reicht eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit aus. Bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen, kann eine ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes der Universität Paderborn auf Kosten der Universität verlangt werden. Gibt der Prüfungsausschuss dem Antrag statt, wird dies der Kandidatin bzw. dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt. Die Verlängerung entspricht der Krankheitszeit; sie zieht keine Verlängerung der Regelstudienzeit nach sich. Überschreitet die Dauer der Erkrankungen die maximale Verlängerungsmöglichkeit nach Satz 1, so kann die Kandidatin bzw. der Kandidat nach Wahl die Arbeit innerhalb der nach Satz 1 verlängerten Frist beenden oder ein neues Thema beantragen. Lehnt der Prüfungsausschuss den Antrag ab, wird dies der Kandidatin bzw. dem Kandidaten ebenfalls schriftlich mitgeteilt.
- (7) Die Bachelorarbeit wird in der Regel in deutscher Sprache abgefasst, sofern nicht in den Besonderen Bestimmungen eine andere Regelung getroffen wird. Sie kann nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen auf Antrag in einer anderen Sprache abgefasst werden. Die Entscheidung darüber wird gegebenenfalls mit der Themenstellung durch den Prüfungsausschuss getroffen. Die Arbeit hat inhaltlich und formal den fachlichen Richtlinien zu genügen. Die Arbeit muss ein Titelblatt, eine

Inhaltsübersicht und ein Quellen- und Literaturverzeichnis enthalten. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, müssen in jedem Fall unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht werden. Die Kandidatin bzw. der Kandidat fügt der Arbeit eine schriftliche Versicherung hinzu, dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat und die Arbeit nicht, auch nicht auszugsweise, für eine andere abgeschlossene Prüfung angefertigt worden ist. Die Versicherung ist auch für Tabellen, Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw. abzugeben. Auf § 63 Absatz 5 HG wird hingewiesen.

- (8) Die Bachelorarbeit darf nicht, auch nicht auszugsweise, für eine andere abgeschlossene Prüfung angefertigt sein. § 8 dieser Ordnung bleibt unberührt.

§ 18

Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit

- (1) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß beim Zentralen Prüfungssekretariat in zweifacher Ausfertigung (maschinenschriftlich, gebunden und paginiert) einzureichen. Darüber hinaus kann von einer bzw. einem der Prüfenden gemäß Absatz 2 verlangt werden, dass die Bachelorarbeit in elektronischer Form eingereicht wird. Der Abgabezeitpunkt ist beim Zentralen Prüfungssekretariat aktenkundig zu machen. Bei der Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post (Poststempel) maßgebend. Wird die Bachelorarbeit nicht fristgerecht vorgelegt, gilt sie als mit „mangelhaft“ (5,0) bewertet.
- (2) Die Bachelorarbeit ist von zwei Prüfenden zu begutachten und zu bewerten. Zu den Prüfenden soll insbesondere zählen, wer das Thema gestellt hat. Die bzw. der zweite Prüfende wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Die Kandidatin bzw. der Kandidat hat ein Vorschlagsrecht. Dies begründet jedoch keinen Rechtsanspruch. Die einzelne Bewertung ist entsprechend § 16 Absatz 1 und 2 vorzunehmen und schriftlich zu begründen. Die Note für die Arbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt und die Noten der Einzelbewertungen jeweils mindestens „ausreichend“ sind. § 16 Absatz 4 Satz 3 und 4 gelten entsprechend. Beträgt die Differenz mehr als 2,0 oder lautet eine Bewertung „mangelhaft“, die andere aber mindestens „ausreichend“, wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine dritte Prüferin bzw. ein dritter Prüfer zur Bewertung der Bachelorarbeit bestimmt. In diesem Fall wird die Note der Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Noten gebildet. § 16 Absatz 4 Satz 3 und 4 gelten entsprechend. Die Arbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ oder besser sind. Ferner wird die Arbeit dann noch als „ausreichend“ bewertet, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ oder besser sind.
- (3) Die Bewertung der Bachelorarbeit ist den Studierenden spätestens zehn Wochen nach Abgabe im Campus Management System der Universität Paderborn bekannt zu geben.

§ 19

Mündliche Verteidigung der Bachelorarbeit

- (1) Die Besonderen Bestimmungen können das Erfordernis einer mündlichen Verteidigung der Bachelorarbeit im Rahmen des Abschlussmoduls vorsehen. Soweit eine mündliche Verteidigung vorgesehen ist, wird sie anberaumt, wenn die Bachelorarbeit mit mindestens ausreichender Leistung bewertet wurde. Die Verteidigung sollte in der Regel nicht später als sechs Wochen nach Abschluss des Bewertungsverfahrens stattfinden und muss zuvor durch die Kandidatin bzw. den Kandidaten

beim Zentralen Prüfungssekretariat angemeldet werden. Die Note der mündlichen Verteidigung wird gemäß § 16 Absatz 1 bis Absatz 3 gebildet. Die mündliche Verteidigung muss mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet sein. Bachelorarbeit und mündliche Verteidigung haben eine Gewichtung von 5:1 bei der Bildung der Note für das Abschlussmodul. Die Note für das Abschlussmodul wird gemäß § 16 Absatz 4 gebildet.

- (2) Bei der mündlichen Verteidigung zur Bachelorarbeit soll die Kandidatin bzw. der Kandidat diese in ihren thematischen Schwerpunkten und Ergebnissen kurz vorstellen und erläutern. Den Prüfenden ist Gelegenheit zur Nachfrage zu geben. Die Dauer der mündlichen Verteidigung beträgt ca. 30 Minuten.
- (3) Die mündliche Verteidigung der Bachelorarbeit wird von zwei Prüfenden abgenommen, die in der Regel mit den Prüfenden der Bachelorarbeit identisch sind.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und die Ergebnisse der mündlichen Verteidigung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist der Kandidatin bzw. dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Verteidigung bekannt zu geben.
- (5) Studierende, die zu einem späteren Prüfungstermin eine mündliche Verteidigung im gleichen Studiengang ablegen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende zugelassen, sofern die Kandidatin bzw. der Kandidat nicht widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 20 Zusatzleistungen

Über die in den studierten Fächern geforderten Leistungen hinaus können Studierende des Zwei-Fach-Bachelor-Studiengangs weitere Prüfungsleistungen in Modulen des Zwei-Fach-Bachelor-Studiengangs nach Maßgabe der bestehenden Regelungen absolvieren (Zusatzleistungen). Regelungen zu teilnehmerbegrenzten Modulen gem. § 59 HG bleiben unberührt. Die Zusatzleistungen sind als solche bei der Meldung zu kennzeichnen und können nachträglich nicht mehr für die gemäß der Besonderen Bestimmungen zu absolvierenden Modulen verbucht werden. Sie werden bei der Notenbildung im Rahmen des Moduls bzw. der Bachelorprüfung nicht berücksichtigt. Die mit Zusatzleistungen erreichten Modulnoten werden im „Transcript of Records“ aufgeführt, es sei denn, dass die bzw. der Studierende ihre Nichtaufführung beantragt.

§ 21 Bewertung der Bachelorprüfung und Bildung der Gesamtnote

- (1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn alle Modulprüfungen in den zu absolvierenden Modulen der beiden nach § 5 studierten Fächer sowie dem Abschlussmodul mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet sind. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Modulteilprüfungen, so muss jede Modulteilprüfung mit mindestens „ausreichend“ bewertet sein. Die Besonderen Bestimmungen für das jeweilige Fach können abweichende Regelungen treffen. Die Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss des Studiums ergeben sich aus § 24.
- (2) Die Gesamtnote wird gebildet, indem alle endnotenrelevanten Modulnoten nach Leistungspunkten gewichtet werden und daraus das arithmetische Mittel gebildet wird. Die Besonderen Bestimmungen können Abweichungen von dieser Gewichtung vorsehen. Sofern in den Besonderen Bestimmungen nicht abweichend geregelt, sind alle Modulnoten endnotenrelevant. Bei der Berechnung des Ergebnisses wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5 = sehr gut

bei einem Durchschnitt über 1,5 bis einschließlich 2,5 = gut

bei einem Durchschnitt über 2,5 bis einschließlich 3,5 = befriedigend

bei einem Durchschnitt über 3,5 bis einschließlich 4,0 = ausreichend

bei einem Durchschnitt über 4,0 bis 5,0 = mangelhaft.

- (3) Das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ wird vergeben, wenn der Durchschnitt nach Absatz 2 nicht schlechter als 1,1 ist.

§ 22

Wiederholungen von Prüfungsleistungen

- (1) Modulprüfungen und Modulteilprüfungen können wiederholt werden, wenn die erbrachten Leistungen mit der Note „mangelhaft“ bewertet worden sind. Jede Modulprüfung oder Modulteilprüfung kann zweimal wiederholt werden. Ein Modul ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung oder Modulteilprüfung nicht mehr wiederholt werden kann. Die Besonderen Bestimmungen können abweichende Regelungen treffen.
- (2) Wenn die letzte Wiederholung einer Prüfung in Klausurform vorgesehen ist, kann diese auf Wunsch der Kandidatin bzw. des Kandidaten als mündliche Prüfung von 30 bis 45 Minuten Dauer abgehalten werden.
- (3) Die Bachelorarbeit kann bei mit der Note „mangelhaft“ bewerteter Leistung einmal wiederholt werden. Dabei ist ein neues Thema zu stellen. Bei der Wiederholung der Bachelorarbeit ist eine Rückgabe des Themas in der in § 17 Absatz 5 genannten Frist jedoch nur zulässig, wenn von der Rückgabemöglichkeit beim ersten Versuch kein Gebrauch gemacht wurde. Kann die Bachelorarbeit nicht mehr wiederholt werden, so ist das Abschlussmodul endgültig nicht bestanden.
- (4) Die mündliche Verteidigung der Bachelorarbeit kann einmal wiederholt werden, wenn sie mit „mangelhaft“ bewertet wird. In diesem Fall setzt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten den Termin für die Wiederholung fest. Diese soll im Verlauf der folgenden acht Wochen erfolgen. Über begründete Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss. Ist die mündliche Verteidigung zum zweiten Mal mit der Note „mangelhaft“ bewertet worden, gilt die Bachelorarbeit ebenfalls als mit „mangelhaft“ bewertet.
- (5) Die Bachelorarbeit und ihre mündliche Verteidigung werden in der Regel im direkt anschließenden Fachsemester wiederholt.
- (6) Bestandene Prüfungen können nicht wiederholt werden.

§ 23

Abmeldung, Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzvorschriften und Studierende mit Familienaufgaben

- (1) Die Abmeldung von Prüfungen kann bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin im Campus Management System der Universität Paderborn ohne Angabe von Gründen vorgenommen werden. Die Besonderen Bestimmungen können abweichende Regelungen treffen.
- (2) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „mangelhaft“ (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin bzw. der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder nach Ablauf der Abmeldefristen nach Absatz 1 ohne

Angabe von triftigen Gründen von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

- (3) Die für das Versäumnis oder einen Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich, spätestens aber fünf Werktage nach dem Prüfungstermin schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin bzw. des Kandidaten reicht eine spätestens vom Tag der Prüfung datierte ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit aus. Bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen, kann eine ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes der Universität Paderborn auf Kosten der Universität verlangt werden. Die durch ärztliche Bescheinigung belegte Erkrankung des Kindes im Sinne des § 25 Absatz 5 Bundesausbildungsförderungsgesetzes gilt als Prüfungsunfähigkeit der Kandidatin bzw. des Kandidaten, wenn die Betreuung nicht anders gewährleistet werden konnte, insbesondere bei überwiegend alleiniger Betreuung. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten dies schriftlich mitgeteilt und ein neuer Prüfungstermin festgesetzt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe nicht an, wird dies der Kandidatin bzw. dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt. Die Besonderen Bestimmungen können abweichende Regelungen treffen.
- (4) Täuscht eine Kandidatin bzw. ein Kandidat oder versucht sie bzw. er zu täuschen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „mangelhaft“ (5,0) bewertet. Führt eine Kandidatin bzw. ein Kandidat ein nicht zugelassenes Hilfsmittel mit sich, kann die betreffende Prüfungsleistung als mit „mangelhaft“ (5,0) bewertet werden. Die Vorfälle werden von den jeweils Aufsichtführenden aktenkundig gemacht. Die Feststellung gemäß Satz 1 bzw. die Entscheidung gemäß Satz 2 wird von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden getroffen.
- (5) Eine Kandidatin bzw. ein Kandidat, die bzw. der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „mangelhaft“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.
- (6) In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin bzw. den Kandidaten von weiteren Prüfungsleistungen ausschließen. Täuschungshandlungen können gem. § 63 Absatz 5 HG außerdem mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 € geahndet werden und zur Exmatrikulation führen.
- (7) Die Kandidatin bzw. der Kandidat kann innerhalb von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 4 Satz 1, 2 und 5 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin bzw. dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin bzw. dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.
- (8) Außerdem regelt der Prüfungsausschuss den Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Ist die bzw. der Studierende aufgrund ihrer bzw. seiner Behinderung oder chronischen Erkrankung nicht in der Lage, Leistungen ganz oder teilweise entsprechend der vorgesehenen Modalitäten zu erbringen, soll ein Nachteilsausgleich gewährt werden. Als Nachteilsausgleich kommen insbesondere die Gewährung von organisatorischen Maßnahmen und Hilfsmitteln, die Verlängerung der Bearbeitungszeit oder die Gestattung einer anderen, gleichwertigen Leistungserbringungsform in Betracht. Der Nachteilsausgleich wird auf Antrag einzelfallbezogen gewährt. Er soll sich, soweit nicht mit einer Änderung des Krankheits- oder Behinderungsbildes zu rechnen ist, auf alle im Verlauf des Studiums abzuleistenden Leistungen erstrecken. Die Behinderung oder chronische Erkrankung ist glaubhaft zu machen. Hierzu kann ein

ärztliches Attest oder psychologisches Gutachten verlangt werden. Der Antrag soll die gewünschten Modifikationen benennen und begründen. Auf Antrag der bzw. des Studierenden oder des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der bzw. dem Studierenden kann die bzw. der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung Empfehlungen für die Gestaltung des Nachteilsausgleichs abgeben.

- (9) Der besonderen Situation von Studierenden mit Familienaufgaben beim Studium und bei der Erbringung von Leistungen wird Rechnung getragen. Dies geschieht unter anderem in folgenden Formen:
- a) Für Studentinnen gelten die entsprechenden Bestimmungen des jeweils gültigen Mutterschutzgesetzes. Die schwangere bzw. stillende Frau soll dem Zentralen Prüfungssekretariat eine Mitteilung gemäß § 15 Absatz 1 Mutterschutzgesetz über ihre Schwangerschaft bzw. das Stillen machen. Der Nachweis gemäß § 15 Absatz 2 Mutterschutzgesetz soll vorgelegt werden. Der Prüfungsausschuss kann unter Berücksichtigung des Einzelfalls andere Leistungserbringungsformen festlegen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach diesen Allgemeinen Bestimmungen oder nach den Besonderen Bestimmungen; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
 - b) Gleichfalls sind die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes auf Antrag zu berücksichtigen. Die Kandidatin bzw. der Kandidat muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, ab dem sie bzw. er die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie bzw. er eine Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einer Arbeitnehmerin bzw. einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz auslösen würden und legt unter Berücksichtigung des Einzelfalls die Termine und Fristen fest. Die Abgabefrist der Bachelorarbeit kann höchstens auf das Doppelte der vorgesehenen Bearbeitungszeit verlängert werden. Andernfalls gilt die gestellte Arbeit als nicht vergeben, und die Kandidatin bzw. der Kandidat erhält nach Ablauf der Elternzeit ein neues Thema.
 - c) Der Prüfungsausschuss berücksichtigt auf Antrag Ausfallzeiten durch die Pflege und Erziehung von Kindern im Sinne des § 25 Absatz 5 Bundesausbildungsförderungsgesetz und Ausfallzeiten durch die Pflege der Ehegattin bzw. des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des eingetragenen Lebenspartners, der Partnerin bzw. des Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten und legt unter Berücksichtigung des Einzelfalls die Fristen und Termine fest. Im Übrigen gelten die Sätze 4 und 5 von Buchstabe b) entsprechend.

§ 24

Erfolgreicher Abschluss des Studiums, endgültiges Nichtbestehen

- (1) Das Studium ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die Bachelorprüfung bestanden ist und in allen zu absolvierenden Modulen, einschließlich des Orientierungsbereichs, die Leistungspunkte vergeben wurden (vgl. § 11 Absatz 2 und § 21 Absatz 1).
- (2) Die Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn ein Modul endgültig nicht bestanden ist. Der Bescheid über eine endgültig nicht bestandene Bachelorprüfung wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in schriftlicher Form erteilt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 25**Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement**

- (1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat das Studium erfolgreich abgeschlossen, erhält sie bzw. er über das Ergebnis ein Zeugnis. Dieses Zeugnis enthält den Namen des Studienganges, die gewählten Fächer und ggf. Schwerpunkte, die Regelstudienzeit und die Gesamtnote. Das Zeugnis weist das Datum auf, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Daneben trägt es das Datum der Ausfertigung. Das Zeugnis ist von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (2) Ferner erhält die Kandidatin bzw. der Kandidat ein Transcript of Records, in dem die erfolgreich erbrachten Prüfungsleistungen und die Fachstudiendauer aufgeführt sind. Das Transcript of Records enthält Angaben über die Leistungspunkte und die erzielten Modulnoten sowie zu der Bachelorarbeit. Es enthält des Weiteren das Thema der Bachelorarbeit und die erzielte Gesamtnote der Bachelorprüfung.
- (3) Mit dem Zeugnis erhält die Absolventin bzw. der Absolventen ein Diploma Supplement.
- (4) Das Diploma Supplement ist eine Zeugnisergänzung in englischer und deutscher Sprache mit einheitlichen Angaben zu den deutschen Hochschulabschlüssen, welche das deutsche Bildungssystem erläutern und die Einordnung des vorliegenden Abschlusses vornimmt. Das Diploma Supplement informiert über den absolvierten Studiengang und die mit dem Abschluss erworbenen akademischen und beruflichen Qualifikationen. Das Diploma Supplement enthält die wesentlichen, dem Abschluss zugrundeliegenden Studieninhalte, den Studienverlauf, die mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen sowie die verleihende Hochschule.
- (5) Hat eine Kandidatin bzw. ein Kandidat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr bzw. ihm auf Antrag ein Leistungszeugnis ausgestellt, das die erfolgreich erbrachten Leistungen und gegebenenfalls die erworbenen Leistungspunkte enthält und das erkennen lässt, dass die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist. Studierenden, die die Hochschule aus anderen Gründen ohne Studienabschluss verlassen, ist nach der Exmatrikulation auf Antrag ein Leistungszeugnis auszustellen, das die erfolgreich erbrachten Leistungen und gegebenenfalls die erworbenen Leistungspunkte enthält.

§ 26**Bachelorurkunde**

- (1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis über die bestandene Bachelorprüfung wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Bachelorgrades gemäß § 2 beurkundet.
- (2) Die Bachelorurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät und der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Paderborn versehen.
- (3) Der Bachelorurkunde wird eine englischsprachige Übersetzung beigelegt.

§ 27**Einsicht in die Prüfungsakten**

- (1) Der Kandidatin bzw. dem Kandidaten kann die Möglichkeit gegeben werden, nach Bekanntgabe der Noten Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsleistungen und die darauf bezogenen Bewertungen der Prüfenden zu nehmen und Kopien oder sonstige originalgetreue Reproduktionen

zu fertigen. Die bzw. der Prüfende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme und gibt diese in geeigneter Form bekannt.

- (2) Sofern Absatz 1 nicht angewendet wird, wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf Antrag bis spätestens einen Monat nach Bekanntgabe der Ergebnisse der jeweiligen Prüfungen Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsleistungen, die darauf bezogenen Bewertungen der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle sowie das Fertigen von Kopien oder sonstigen originalgetreuen Reproduktionen gewährt. Innerhalb eines Jahres nach Aushändigung des Zeugnisses wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in die Bachelorarbeit, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle sowie das Fertigen von Kopien oder sonstigen originalgetreuen Reproduktionen gewährt. Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme; sie bzw. er kann diese Aufgaben an die Prüfenden delegieren.

IV.

Schlussbestimmungen

§ 28

Ungültigkeit der Bachelorprüfung

- (1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst im Nachhinein bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin bzw. der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin bzw. der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat die Zulassung vorsätzlich unrechtmäßig erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues Zeugnis zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.
- (5) Ist die Bachelorprüfung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, sind der Bachelorgrad abzuerkennen und die Bachelorurkunde einzuziehen. Eine Aberkennung des Bachelorgrades ist nur innerhalb von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt der Gradverleihung zulässig.

§ 29

Aberkennung des Bachelorgrades

Der Bachelorgrad kann aberkannt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist, oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. Über die Aberkennung entscheidet der Fakultätsrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder. Die Aberkennung ist nur innerhalb von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt der Gradverleihung zulässig.

§ 30**Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Veröffentlichung**

- (1) Diese Allgemeinen Bestimmungen und die Besonderen Bestimmungen gelten für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2023/2024 erstmalig für den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn eingeschrieben werden.
- (2) Studierende, die bereits vor dem Wintersemester 2023/2024 an der Universität Paderborn für den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften eingeschrieben worden sind, können ihre Bachelorprüfung einschließlich Wiederholungsprüfungen letztmalig im Wintersemester 2027/2028 nach den Allgemeinen Bestimmungen vom 12. August 2016 (AM.Uni.Pb. 188.16), geändert durch Satzung vom 10. März 2020 (AM.Uni.Pb. 10.20) und den Fachspezifischen Bestimmungen vom 12. August 2016 (AM.Uni.Pb. 189.16 bis 203.16), geändert durch Satzungen vom 17. Juli 2017 (AM.Uni.Pb. 60.17) und vom 12. Oktober 2018 (AM.Uni.Pb. 37.18 und 38.18) sowie den Fachspezifischen Bestimmungen vom 10. März 2020 (AM.Uni.Pb. 11.20) ablegen. Ab dem Sommersemester 2028 wird die Bachelorprüfung einschließlich Wiederholungsprüfungen nach diesen Allgemeinen Bestimmungen und den Besonderen Bestimmungen abgelegt.
- (3) Auf Antrag kann insgesamt in diese Allgemeinen Bestimmungen und die Besonderen Bestimmungen gewechselt werden. Der Antrag ist unwiderruflich.
- (4) Das Studium kann nur einheitlich nach den Allgemeinen Bestimmungen vom 12. August 2016 (AM.Uni.Pb. 188.16), geändert durch Satzung vom 10. März 2020 (AM.Uni.Pb. 10.20), in Verbindung mit den Fachspezifischen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung (alte Prüfungsordnung) oder nach diesen Allgemeinen Bestimmungen in Verbindung mit den Besonderen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung (neue Prüfungsordnung) studiert werden. Für Studierende, die ab dem Wintersemester 2023/2024 in ein anderes Fach wechseln, gelten insgesamt diese Allgemeine Bestimmungen in Verbindung mit den Besonderen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung (neue Prüfungsordnung).
- (5) Diese Allgemeinen Bestimmungen treten am 01. Oktober 2023 in Kraft. Gleichzeitig treten die Allgemeine Bestimmungen der Prüfungsordnung für den Zwei-Fach-Bachelor-Studiengang der Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn vom 12. August 2016 (AM.Uni.Pb. 188.16), geändert durch Satzung vom 10. März 2020 (AM.Uni.Pb. 10.20), außer Kraft. Absatz 2 bis 4 bleibt unberührt.
- (6) Diese Allgemeinen Bestimmungen werden in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Paderborn veröffentlicht.
- (7) Gemäß § 12 Absatz 5 HG kann nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Ordnung gegen diese Ordnung die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
 2. das Präsidium hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
 3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
 4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät für Kulturwissenschaften vom 26. April 2023 sowie nach Prüfung der Rechtmäßigkeit durch das Präsidium der Universität Paderborn vom 17. Mai 2023.

Paderborn, den 31. Mai 2023

Die Präsidentin
der Universität Paderborn

Professorin Dr. Birgitt Riegraf

Anhang:**Studienstruktur des Orientierungsbereiches**

Module	Workload (h)	LP	P/WP
Orientierungsmodul (OM) a) Orientierung im Studium Fach 1 b) Orientierung im Studium Fach 2 c) Berufsfeldorientierung d) Praktikum	450	15	P
Studium Generale a) LV1 b) LV2 c) LV3	270	9	P

Exemplarischer Studienverlaufsplan

Semester	Modul	LV	Workload (h)	Workload (h) gesamt
1. Sem.:	Orientierungsmodul	OM a + b	30	930
	Orientierungsmodul	OM c	90	
	Fach 1		360	
	Fach 2		360	
	Studium Generale	LV1	90	
2. Sem.:	Orientierungsmodul	Praktikum	150	870
	Fach 1		360	
	Fach 2		360	
3. Sem.:	Orientierungsmodul	Praktikum	180	900
	Fach 1		360	
	Fach 2		360	
4. Sem.:	Fach 1		450	900
	Fach 2		450	
5. Sem.:	Studium Generale	LV2	90	900
	Studium Generale	LV3	90	
	Fach 1		360	
	Fach 2		360	
6. Sem.:	Bachelorarbeit	Bachelorarbeit	300	900
	Bachelorarbeit	Mündliche Verteidigung	60	
	Fach 1		270	
	Fach 2		270	

Modulbeschreibungen

ORIENTIERUNGSMODUL							
Modulnummer: OM	Workload (h): 450	LP: 15	Studiensemester: 1.-3. Semester	Turnus: jedes Semester	Dauer (in Sem.): 3 Semester	Sprache: de	P/WP: P
1	Modulstruktur:						
	Lehrveranstaltung	Lehrform	Kontaktzeit (h)	Selbststudium (h)	Status (P/WP)	Gruppengröße (TN)	
	a) Orientierung im Studium Fach 1		15		WP		
	b) Orientierung im Studium Fach 2		15		WP		
	c) Berufsfeldorientierung		30	60	WP	30	
	d) Praktikum (320h) + Bericht (10h)			330	P		
2	Wahlmöglichkeiten innerhalb des Moduls:						
3	Teilnahmevoraussetzungen: keine						
4	<p>Inhalte:</p> <p>Das Orientierungsmodul dient dem Erwerb grundlegender Kompetenzen zur Bewältigung eines wissenschaftlichen Studiums sowie der eigenen beruflichen Orientierung. Ein weiteres Element des Orientierungsstudiums ist die Vernetzung der Studierenden untereinander als Grundlage einer ersten, sozialen Orientierung in der neuen Rolle als Studierende.</p> <p>Die Orientierung im Studium ist eine verpflichtende Veranstaltung (pro Fach) für Studierende im ersten Semester. Sie soll neuen Studierenden eine Orientierung rund um das Studium bieten. Schwerpunkte sind in der Regel das Knüpfen neuer Kontakte, der Austausch mit anderen Studierenden, Fragen zur Studienorganisation und fachspezifischen Themen, mögliche Auslandsaufenthalte und Behandlung aller Fragen und Möglichkeiten rund um das Praktikum.</p> <p>Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Berufsfeldorientierung“ werden Vertreter*innen potenzieller Berufsfelder eingeladen und berichten aus ihrer Berufspraxis. Studierende lernen dadurch mögliche Berufsfelder „aus erster Hand“ kennen und haben die Möglichkeit, durch Fragen direkt in Kontakt zu treten und wichtige Informationen über den Arbeitsalltag zu erfahren.</p> <p>Ein Praktikum außerhalb der Hochschule ist dafür vorgesehen, erste Praxiserfahrungen zu sammeln, mögliche Berufsfelder kennenzulernen und Kontakte zu möglichen Arbeitgeber*innen zu knüpfen. Darüber hinaus geht es darum, dass an der Hochschule Erlernte im Feld der praktischen Berufstätigkeit zu erproben.</p> <p>Das Praktikum ist eine Tätigkeit im Umfang von mindestens 320 Stunden (i. d. R. 8 Wochen à 40 Stunden), es kann in Teilpraktika von je mindestens vier Wochen Dauer aufgeteilt oder semesterbegleitend absolviert werden. Auch im Ausland absolvierte Praktika können als Pflichtpraktikum angerechnet werden. Die Auswahl des Praktikumsplatzes sollte in einem inhaltlichen Zusammenhang zu den gewählten Studienfächern stehen.</p>						

5	<p>Lernergebnisse (learning outcomes) / Kompetenzen:</p> <p>Fachliche Kompetenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden haben ein Überblickswissen über fachliche, organisatorische und methodische Grundlagen ihrer jeweiligen Fachkombination • Die Studierenden haben eine reflektierte Vorstellung eigener Kompetenzen und Interessen in Bezug auf ihren Werdegang im Studienprofil. • Die Studierenden kennen Schlüsselkompetenzen für mögliche Berufsfelder. <p>Spezifische Schlüsselkompetenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kenntnis einiger möglicher Berufsfelder • Entwicklung berufspraktische (Handlungs-)Kompetenzen • soziale Kompetenzen 								
6	<p>Prüfungsleistung:</p> <p><input type="checkbox"/> Modulabschlussprüfung (MAP) <input type="checkbox"/> Modulprüfung (MP) <input type="checkbox"/> Modulteilprüfungen (MTP)</p> <table border="1" data-bbox="256 741 1481 891"> <thead> <tr> <th data-bbox="256 741 373 831">zu</th> <th data-bbox="373 741 930 831">Prüfungsform</th> <th data-bbox="930 741 1230 831">Dauer bzw. Umfang</th> <th data-bbox="1230 741 1481 831">Gewichtung für die Modulnote</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="256 831 373 891"></td> <td data-bbox="373 831 930 891">keine</td> <td data-bbox="930 831 1230 891">-</td> <td data-bbox="1230 831 1481 891">-</td> </tr> </tbody> </table>	zu	Prüfungsform	Dauer bzw. Umfang	Gewichtung für die Modulnote		keine	-	-
zu	Prüfungsform	Dauer bzw. Umfang	Gewichtung für die Modulnote						
	keine	-	-						
7	<p>Studienleistung / qualifizierte Teilnahme:</p> <p>Qualifizierte Teilnahme zu den Lehrveranstaltungen a), b), c) gemäß § 15 Absatz 2 der Allgemeinen Bestimmungen sowie qualifizierte Teilnahme zum Praktikum (Lehrveranstaltung d)) in Form eines Praktikumsberichts (10 h Workload) (Tätigkeitsbeschreibung, Reflexion) im Umfang von ca. 10.000 Zeichen.</p>								
8	<p>Voraussetzungen für die Teilnahme an Prüfungen:</p> <p>-</p>								
9	<p>Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten:</p> <p>Qualifizierte Teilnahme an den Veranstaltungen a) und b) und die Abgabe eines Praktikumsberichts und einer Praktikumsbescheinigung des Arbeitgebers.</p>								
10	<p>Gewichtung für Gesamtnote:</p> <p>keine Note</p>								
11	<p>Verwendung des Moduls in anderen Studiengängen:</p> <p>-</p>								
12	<p>Modulbeauftragte*r:</p> <p>Prof. Dr. Norbert O. Eke</p>								
13	<p>Sonstige Hinweise:</p> <p>Der Praktikumsbericht besteht aus einer Tätigkeitsbeschreibung und einer die im Praktikum ausgeführten Tätigkeiten und erworbenen Kompetenzen betreffenden Reflexion im Hinblick auf die gewählten Studienfächer und die spätere Berufswahl.</p> <p>Informationen zum Pflichtpraktikum, zur Erstellung des Praktikumsberichtes und weitere Formalitäten sind auf den Seiten der Praktikumskoordination hinterlegt.</p>								

Studium Generale							
Modulnummer:	Workload (h):	LP:	Studiensemester:	Turnus:	Dauer (in Sem.):	Sprache:	P/WP:
SG	270	9	1. und 5. Semester	jedes Semester	5 Semester	de	P
1	Modulstruktur:						
	Lehrveranstaltung	Lehrform	Kontaktzeit (h)	Selbststudium (h)	Status (P/WP)	Gruppengröße (TN)	
a)	LV1		30	180	WP		
b)	LV2		30		WP		
c)	LV3		30		WP		
2	Wahlmöglichkeiten innerhalb des Moduls:						
3	Teilnahmevoraussetzungen: keine						
4	Inhalte: Im Rahmen des Studium Generale stehen den Studierenden sämtliche an der Universität Paderborn verfügbaren und frei zugänglichen Lehrveranstaltungen außerhalb der gewählten Studienfächer offen. Ein Besuch von Veranstaltungen außerhalb der gewählten Studienfächer ermöglicht die Reflexion der eigenen Fachkultur und erweitert den im Studium von zwei Fächern bereits angelegten Aspekt der Interdisziplinarität um weitere und evtl. auch internationale Perspektiven; dazu zählen auch im Ausland erworbene Kompetenzen.						
5	Lernergebnisse (learning outcomes) / Kompetenzen: Fachliche Kompetenzen: Die Studierenden haben im Studium Generale <ul style="list-style-type: none"> • fachübergreifende Perspektiven entwickelt • gelernt, eigene Interessen zu reflektieren, zu entwickeln und zu verfolgen • die Fähigkeit im Umgang mit fremden oder internationalen Fachkulturen und • Interdisziplinarität gestärkt. Spezifische Schlüsselkompetenzen: <ul style="list-style-type: none"> • interdisziplinäre Akzente • Informationstechniken • Erweiterte Fremdsprachenkompetenz 						
6	Prüfungsleistung: <input type="checkbox"/> Modulabschlussprüfung (MAP) <input type="checkbox"/> Modulprüfung (MP) <input type="checkbox"/> Modulteilprüfungen (MTP)						
	zu	Prüfungsform	Dauer bzw. Umfang		Gewichtung für die Modulnote		
		keine	-		-		
7	Studienleistung / qualifizierte Teilnahme:						

	Qualifizierte Teilnahme zu jeder Lehrveranstaltung gemäß § 15 Absatz 2 der Allgemeinen Bestimmungen
8	Voraussetzungen für die Teilnahme an Prüfungen: -
9	Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten: Voraussetzung für den Abschluss des Moduls und die Vergabe der Leistungspunkte ist die qualifizierte Teilnahme an den Lehrveranstaltungen.
10	Gewichtung für Gesamtnote: keine Note
11	Verwendung des Moduls in anderen Studiengängen:
12	Modulbeauftragte*r: Prof. Dr. Norbert O. Eke
13	Sonstige Hinweise: -

Bachelorarbeit ohne mündliche Verteidigung							
Modulnummer:	Workload (h):	LP:	Studiensemester:	Turnus:	Dauer (in Sem.):	Sprache:	P/WP:
A.ZFB.	360	12	6. Semester		1 Semester	de	P
1	Modulstruktur:						
	Lehrveranstaltung	Lehrform	Kontaktzeit (h)	Selbststudium (h)	Status (P/WP)	Gruppengröße (TN)	
	a) Bachelorarbeit (an keine spezielle Lehrveranstaltung angebunden)		10	350	P		
2	Wahlmöglichkeiten innerhalb des Moduls: keine						
3	Teilnahmevoraussetzungen: gemäß § 12 Absatz 3 Allgemeine Bestimmungen: 90 LP						
4	Inhalte: Mit der Bachelorarbeit wird der Bachelorstudiengang abgeschlossen. Die Bachelorarbeit kann wahlweise in einem der beiden Fächer verfasst werden. Thema und Aufgabenstellung sollten aus einem der forschungsrelevanten Felder des gewählten Faches stammen; die Bearbeitungszeit beträgt 12 Wochen. Die Bachelorarbeit soll einen Umfang von 35 Seiten à 2.500 Zeichen (= 87.500 Zeichen) bis zu 45 Seiten à 2.500 Zeichen (= 112.500 Zeichen) haben. Zu Sonderregelungen siehe § 22 Abs. 1.						
5	Lernergebnisse (learning outcomes)/ Kompetenzen Fachlich-inhaltliche Ziele: Die Studierenden sind in der Lage: <ul style="list-style-type: none"> • innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fach ihres oder seines Studiengangs mit wissenschaftlichen oder – in den Studienfächern „Mode-Textil-Design-Studien“ und „Kunst und Kunstvermittlung“ – künstlerisch-gestalterischen Methoden selbstständig zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen Spezifische Schlüsselkompetenzen: <ul style="list-style-type: none"> • Anwendung berufsrelevanter Arbeitstechniken • Entwicklung eigener Ideen und Themen sowie deren Umsetzung in schriftlicher Form • Beherrschung der Form wissenschaftlichen und/oder künstlerisch-gestalterischen Arbeitens Schriftliche Darstellung von Zusammenhängen						
6	Prüfungsleistung: [x] Modulabschlussprüfung (MAP) [] Modulprüfung (MP) [] Modulteilprüfungen (MTP)						
	zu	Prüfungsform	Dauer bzw. Umfang		Gewichtung für die Modulnote		
		Bachelorarbeit	35-45 Seiten		100%		
7	Studienleistung / qualifizierte Teilnahme: keine						

8	Voraussetzungen für die Teilnahme an Prüfungen: gemäß § 12 Absatz 3 Allgemeine Bestimmungen: 90 LP
9	Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten: Bestehen der Bachelorarbeit
10	Gewichtung für Gesamtnote: Das Modul wird mit der Anzahl seiner Leistungspunkte gewichtet (Faktor: 1).
11	Verwendung des Moduls in anderen Studiengängen: keine
12	Modulbeauftragte*r: Prof. Dr. Norbert O. Eke
13	Sonstige Hinweise: -

Bachelorarbeit mit mündlicher Verteidigung							
Modulnummer:	Workload (h):	LP:	Studiensemester:	Turnus:	Dauer (in Sem.):	Sprache:	P/WP:
A.ZFB.	360	12	6. Semester		1 Semester	de	P
1	Modulstruktur:						
	Lehrveranstaltung	Lehrform	Kontaktzeit (h)	Selbststudium (h)	Status (P/WP)	Gruppengröße (TN)	
a)	Bachelorarbeit (an keine spezielle Lehrveranstaltung angebunden)		10	290	P	1	
b)	mündliche Verteidigung		0,5	59,5	P	1	
2	Wahlmöglichkeiten innerhalb des Moduls: keine						
3	Teilnahmevoraussetzungen: gemäß § 12 Absatz 3 Allgemeine Bestimmungen: 90 LP						
4	Inhalte: Mit der Bachelorarbeit wird der Bachelorstudiengang abgeschlossen. Die Bachelorarbeit kann wahlweise in einem der beiden Fächer verfasst werden. Thema und Aufgabenstellung sollten aus einem der forschungsrelevanten Felder des gewählten Faches stammen; die Bearbeitungszeit beträgt 12 Wochen. Die Bachelorarbeit soll einen Umfang von 30 Seiten à 2.500 Zeichen (= 75.000 Zeichen) bis zu 40 Seiten à 2.500 Zeichen (= 100.000 Zeichen) haben. Zu Sonderregelungen siehe § 22 Abs. 1. Die mündliche Verteidigung hat eine Dauer von ca. 30 Minuten.						
5	Lernergebnisse (learning outcomes)/ Kompetenzen Fachlich-inhaltliche Ziele: Die Studierenden sind in der Lage: <ul style="list-style-type: none"> • innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fach ihres oder seines Studiengangs mit wissenschaftlichen oder – in den Studienfächern „Mode-Textil-Design-Studien“ und „Kunst und Kunstvermittlung“ – künstlerisch-gestalterischen Methoden selbstständig zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen Spezifische Schlüsselkompetenzen: <ul style="list-style-type: none"> • Anwendung berufsrelevanter Arbeitstechniken • Entwicklung eigener Ideen und Themen sowie deren Umsetzung in schriftlicher Form • Beherrschung der Form wissenschaftlichen und/oder künstlerisch-gestalterischen Arbeitens Schriftliche Darstellung von Zusammenhängen						
6	Prüfungsleistung: <input type="checkbox"/> Modulabschlussprüfung (MAP) <input type="checkbox"/> Modulprüfung (MP) <input checked="" type="checkbox"/> Modulteilprüfungen (MTP)						
	zu	Prüfungsform	Dauer bzw. Umfang		Gewichtung für die Modulnote		
a)		Bachelorarbeit	30-40 Seiten		83,33%		
b)		mündliche Verteidigung	Ca. 30 Minuten		16,66%		
7	Studienleistung / qualifizierte Teilnahme:						

	keine
8	Voraussetzungen für die Teilnahme an Prüfungen: gemäß § 12 Absatz 3 Allgemeine Bestimmungen: 90 LP
9	Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten: Bestehen der Bachelorarbeit und der mündlichen Verteidigung
10	Gewichtung für Gesamtnote: Das Modul wird mit der Anzahl seiner Leistungspunkte gewichtet (Faktor: 1).
11	Verwendung des Moduls in anderen Studiengängen: keine
12	Modulbeauftragte*r: Prof. Dr. Norbert O. Eke
13	Sonstige Hinweise: -

**HERAUSGEBER
PRÄSIDIUM DER UNIVERSITÄT PADERBORN
WARBURGER STR. 100
33098 PADERBORN**

[HTTP://WWW.UNI-PADERBORN.DE](http://www.uni-paderborn.de)

ISSN 2199-2819